AfD-Fraktion Rheine
Surenburgstraße 177
48429 Rheine

AfD-Fraktion Rheine | Surenburgstraße 177 | 48429 Rheine

An den
Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Rheine, 21.03.2026

Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Rheine zum Haushaltsplanentwurf 2026

Sicherstellung der politischen Neutralität und Ausgabendisziplin in der Kinder- und Jugendarbeit

Zuschüsse im Teilplan Bereich 2, Produkt 214 (Kinder- und Jugendarbeit) an Träger wie den Stadtjugendring, JFD oder FBS (365.000 €) sowie Beihilfen für Jugendverbände (337.000 €) werden mit einem Sperrvermerk versehen. Die Auszahlung erfolgt nur bei Unterzeichnung einer strengen Neutralitätsklausel. Mittel für Verbände wie „Die Falken“ oder für reine politische Vernetzungsarbeit sind vollständig zu streichen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat beschließt einen Sperrvermerk für die genannten Transferaufwendungen im Produkt 214.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Fachausschuss eine Liste aller geförderten Vereine und deren politische Neutralitätserklärungen vorzulegen.

Begründung:

Ausgehend von einem ordnungspolitischen Verständnis staatlichen Handelns wird betont, dass Steuergelder strikt zweckgebunden und im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt werden müssen. Eine Verwendung öffentlicher Mittel zur indirekten oder direkten Unterstützung parteipolitischer Strukturen oder ideologischer Netzwerke wird in diesem Zusammenhang als problematisch angesehen, da sie die gebotene staatliche Neutralität infrage stellen kann. Insbesondere in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe, die einen klar definierten gesetzlichen Auftrag hat, wird daher eine strikte Trennung zwischen fachlicher Arbeit und politischen Einflussnahmen gefordert.

Die Jugendhilfe ist demnach in erster Linie auf ihre Kernaufgaben auszurichten: den Schutz, die Förderung und die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung. Maßnahmen und Projekte sollten sich an fachlichen Standards,

pädagogischer Wirksamkeit und dem konkreten Bedarf der Zielgruppen orientieren. Angebote, die primär der politischen Meinungsbildung oder ideologischen Positionierung dienen, werden in dieser Argumentation kritisch gesehen, da sie den eigentlichen Auftrag der Jugendhilfe überlagern oder verwässern könnten.

Vor diesem Hintergrund verweist der Leitfaden auf die Notwendigkeit wirksamer Steuerungsinstrumente, um Transparenz, Kontrolle und Zielgenauigkeit im Mitteleinsatz sicherzustellen. Ein zentrales Instrument stellen dabei sogenannte Sperrvermerke dar. Diese ermöglichen es politischen Entscheidungsträgern, Haushaltsmittel zunächst zurückzuhalten und ihre Freigabe an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Auf diese Weise kann überprüft werden, ob geplante Maßnahmen tatsächlich den fachlichen Anforderungen entsprechen und mit den ordnungspolitischen Grundsätzen vereinbar sind.

Gerade in dynamisch wachsenden Ausgabenbereichen wie der Jugendhilfe wird ein solches Instrument als geeignet angesehen, um Ausgabendisziplin zu wahren und eine unkontrollierte Mittelverwendung zu verhindern. Durch die gezielte Freigabe von Mitteln kann sichergestellt werden, dass Projekte einer inhaltlichen Prüfung unterzogen werden und nicht allein aufgrund etablierter Strukturen oder politischer Nähe fortgeführt werden.

In der Gesamtschau soll diese Vorgehensweise dazu beitragen, die ordnungspolitische Klarheit staatlichen Handelns zu stärken. Ziel ist es, die Neutralität öffentlicher Institutionen zu sichern, die Effizienz des Mitteleinsatzes zu erhöhen und zugleich das Vertrauen der Bevölkerung in eine sachgerechte und transparente Verwendung von Steuergeldern zu festigen. Auf diese Weise wird verhindert, dass sich staatlich finanzierte Strukturen verselbstständigen oder als Träger eines einseitigen politischen Vorfeldes wahrgenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Laura Sophie Grasler	Sarah Brandt
Fraktionsvorsitzende	Stellv. Fraktionsvorsitzende